

**Mechthild Rawert (SPD), Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg**

**Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit**

**Fraktion vor Ort-Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion**

**Am 7.2.2012**

**Im DGB-Haus, Keithstr. 1/3, 10787 Berlin**

**Demokratie braucht Sie, braucht Dich**

**Es gilt das gesprochene Wort**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

liebe Engagierte im Kampf gegen Rassismus, Ausländerhass, Antisemitismus, Islamophobie,

liebe Demokratinnen und Demokraten,

Sie, Euch alle begrüße ich sehr herzlich zur heutigen Veranstaltung „Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit“. Uns alle eint die Überzeugung, dass wir offensiv vorgehen müssen für unsere Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit. Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entspringt der Mitte der Gesellschaft. Wir alle sind hier, um Gesicht zu zeigen, um uns noch besser zu vernetzen im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt. Gemeinsam wollen wir mit Ihnen und Euch über die Gefahr diskutieren, die vom Rechtsextremismus ausgeht. Wie können wir uns für eine demokratische, tolerante und solidarische Gesellschaft einsetzen, in der Rassismus keinen Platz hat?

Ich freue mich, dass viele Bürgerinnen und Bürger, VertreterInnen von Initiativen und Projekten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter anwesend sind, die sich den Kampf gegen Rechts auf die Fahnen geschrieben haben. Ich begrüße namentlich Barbara Loth, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und u.a. verantwortlich für die Bereiche Antidiskriminierung und Bekämpfung von Rechtsextremismus. Ich begrüße Doro Zinke, Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg, begrüße Gabriele Gün Tank, die Integrationsbeauftragte des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg.

**Gebrauch des Hausrechts**

Ich möchte folgenden Hinweis geben: „Wir VeranstalterInnen behalten uns vor, von unserem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen

sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.“

Bereits das Verlesen dieser von den Mobilien Beratungsteams entwickelten Aussage ist eine Aktion

- eine Re-Aktion auf in der Vergangenheit passierte Vorkommnisse
- eine Aktion im Kontext von Rechtsstaatlichkeit.

### **Schluss sein mit der Verharmlosung der rechtsextremistischen Gefahr**

Die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) waren und sind für uns alle ein Weckruf: Es muss Schluss sein mit der Verharmlosung der rechtsextremistischen Gefahr, es muss Schluss sein mit offenem und verdecktem Rassismus. Der Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist eine zentrale Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Die menschenverachtende Ideologie und die rassistische Einstellung der rechtsextremen Kameradschaften müssen sowohl mit polizeilichen Mitteln als auch gesellschaftspolitisch engagiert bekämpft werden.

Im Positionspapier „**Kampf gegen Rechtsextremismus**“ fordert die SPD-Bundestagsfraktion die lückenlose und schonungslose Aufklärung der Ereignisse. „Null Toleranz“ gegen Neonazis und ihre Helfershelfer ist das Gebot der Stunde. Mit Polizeipräsenz, hoher Kontrolldichte und der Ausschöpfung aller repressiven Mittel müssen die Rechtsextremen und Rechtspopulisten spüren, dass die wehrhafte Demokratie sie keinen Tag länger ertragen will.

Nachdrücklich begrüße ich die Einrichtung des Untersuchungsausschuss auf Bundesebene, der sich mit der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ beschäftigen wird. Dabei möchte ich betonen, dass der Beschluss dazu einstimmig von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages gefällt wurde, genauso einstimmig, wie im November alle Fraktionen einen gemeinsamen Entschließungsantrag zur Mordserie der Neonazi-Bande und zur Arbeit der Sicherheitsbehörden beschlossen haben. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass in dieser Frage alle demokratischen Kräfte zusammenstehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im November 2010 einen umfassenden Antrag mit dem Titel „Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit“ in den Bundestag eingebracht. Wir fordern hierin, dass aus den verschiedenen Bundesprogrammen dauerhafte Strukturen geschaffen werden, um Rechtsextremismus zu bekämpfen und die Vermittlung demokratischer Werte zu fördern.

## **Nein! zu Rassismus - in Politik, Alltag und Institutionen GENUG - gemordet, geschwiegen, geduldet, gedeckt!**

Ich danke dem Migrationsrat Berlin-Brandenburg, für die Organisation dieser Demonstration am 10. Dezember. Gemeinsam und solidarisch haben wir der Opfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt gedacht. Verlesen wurden die Namen der **183 Namen** der seit 1990 durch rechte TäterInnen ermordeten Menschen verlesen. Gedacht wurde der durch rassistische Polizeigewalt ums Leben gekommenen Migrantinnen und Migranten, der People of Color. Das neu gegründete Bündnis gegen Rassismus, einige auch im Dezember teilnehmende sind heute anwesend, wird sich weiter stark machen, gegen Rassismus. Das Bündnis gegen Rassismus will deutlich machen, dass dieser nicht erst mit den Morden der NSU begonnen hat, sondern tief in unserer Gesellschaft verankert ist. Rassismus entspringt der Mitte unserer Gesellschaft und ist kein Problem gesellschaftlicher Ränder.

### **Wir überlassen den Nazis unseren öffentlichen Raum nicht!**

Aktives Eintreten gegen Rechts auf Bundesebene und auf lokaler Ebene gehören für mich zusammen. Deswegen habe ich im Dezember 2011 Initiativen und Projekte aus Tempelhof-Schöneberg eingeladen, die sich hier vor Ort gegen Rechtsextremismus engagieren. Es war und ist mir ein Anliegen, ihnen allen Danke für ihre Courage zu sagen. Aus diesem Treffen hat sich das lockere Bündnis „Courage gegen rechts“ gegründet. Es gab auch schon eine erste Aktion: In einer öffentlichen Aktion haben wir die Nazi-Schmiererei „Ausländer raus NPD“, die seit der Silvesternacht einen Asia-Imbiss in Friedenau „beschmutzte“, entfernt. Wir wollen diesen geistigen Dreck nicht in unserem öffentlichen Raum dulden.

### **Vorstellung der PodiumsteilnehmerInnen**

#### **Sönke Rix**

Sönke Rix ist seit 2005 SPD-Bundestagsabgeordneter für den Kreis Rendsburg-Eckernförde. Sönke arbeitet im Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Er ist Sprecher der Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Untersuchungsausschuss, um Aufklärung in die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zu bringen. Sönke Rix wird uns schildern, welche Strategien die SPD-Bundestagsfraktion im Kampf gegen Rechtsextremismus verfolgt und vielleicht auch schon, welche Erwartungen er an den Untersuchungsausschuss hat.

#### **Bianca Klose**

Nach ihrem Politik- und Germanistikstudium gründet Bianca Klose im Jahr 2001 die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR). Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus berät Initiativen, Sportvereine, Parteien und Behörden im Umgang mit Neonazis, Rechtspopulisten und der NPD. Seit Jahren sind MBR-Beobachter bei rechten Aufmärschen dabei. Um zu verhindern, dass etwa die NPD in

öffentlichen Räumen tagt, hatte die MBR einen Mietvertrag entworfen, wonach auf Veranstaltungen in Bezirksgebäuden keine rassistischen und antidemokratischen Inhalte verbreitet werden dürfen. Als einen weiteren Erfolg der Arbeit der MBR's haben im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahlen die Berliner Landesvorsitzenden von SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP einen „Berliner Konsens“ gemeinsam unterzeichnet. Die Parteien stellten sich gemeinsam gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat im letzten Jahr die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin für die 10jährige engagierte Tätigkeit geehrt.

Bianca Klose wird von Neonazis bedroht. Auf der Homepage des „Nationalen Widerstands“, dem Online-Sprachrohr der Berliner Neonazi-Szene, wird nicht nur das Foto von Bianca Klose gezeigt, sondern sie gilt als eine der Hauptfeindin.

Wie können zivilgesellschaftliche Strukturen für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus und Rassismus gestärkt werden? Welche Hindernisse habt ihr in Eurer Arbeit?

## **Hilmi Kaya TURAN**

ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschland (tgd). Dort ist er Bundeskassenwart / Arbeitsmarktpolitischer Sprecher der TGD. Die Türkische Gemeinde Deutschland (tgd) vertritt 200 Einzelvereine.

Außerdem ist Herr Turan einer drei Sprecher des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg. Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) ist der Dachverband für 26 Migrantenvereine.

Von den 10 Morden der rechtsextremistischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ waren 8 türkischer Abstammung. Das Unwort des Jahres „Dönermorde“ und auch die Bezeichnung SoKo „Bosporus“ zeigen, wie mit Worten werden ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt und die Opfer selbst in höchstem Maße diskriminiert, indem sie aufgrund ihrer Herkunft auf ein Imbissgericht reduziert werden.

Mir war es besonders wichtig, dass ein Vertreter der Türkischen Gemeinde Deutschland hier mit auf dem Podium sitzt. Wie hat die Türkische Gemeinde auf die Mordserie reagiert und was können wir gemeinsam gegen Rassismus in der Gesellschaft tun?